

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Was uns trennt

Der ausgebrochene Streit Gewerkschaften kontra Rätezentrale bedarf noch sehr der Klärung. Die Differenzen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind nicht entstanden aus Abneigung gegen das Räteystem, wie dies beim A. D. B. der Fall sein mag, sondern wir als Anhänger des Räteystems, als Verächter der Diktatur des Proletariats können uns niemals mit der Diktatur einer Führerclique nach dem Muster der Rätezentrale befreunden oder uns damit abfinden.

Die Räte sind ein Mittel zum Zweck, ein Werkzeug zur Ausübung der Macht des Proletariats. Die Notwendigkeit und Brauchbarkeit der Räte hat sich während der Revolution gezeigt, darüber herrschen keine Meinungsverschiedenheiten. So sind sie der Gradmesser der politischen und wirtschaftlichen Macht der deutschen Arbeiterklasse geworden. Die politischen Arbeiterräte sind ganz verschwunden und die Betriebsräte verfügen nur über ein durch das Gesetz zur Bedeutungslosigkeit eingeschränktes Recht. Nur nach der Erringung der Macht durch das Proletariat werden die Räte als Werkzeug des Proletariats ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun können. Die künstliche Aufpöpelung, die gegenwärtig geübt wird, ist sinn- und zwecklos.

Das Proletariat kann sich keine Organisationen mehr leisten, die im entscheidenden Moment versagen oder eine Tätigkeit, die zum Verhängnis der Arbeiterschaft wird, entfalten. Als die Wogen der Revolution über Deutschland rollten, die Ketten des Proletariats klirrend zu Boden fielen, schufen zur selben Stunde Gewerkschafter die Arbeitsgemeinschaft, jene Berranntheit, die die Arbeiterschaft um die Früchte ihres Sieges gebracht hat. Aus diesem Vorkommnis haben wir gelernt und unseren Kampf danach eingestellt.

Die Gewerkschaften sollen nicht nur Einrichtungen sein, mit deren Hilfe einige Pfennige Lohn erhöhungen herauszuholen sind, noch dürfen sie Gefälligkeits- und Unterstützungsvereine werden. Die Gewerkschaft ist ein machtvolles Instrument des Klassenkampfes zur Erringung des Sozialismus. In diesem Sinn haben wir gearbeitet, haben den Verband frei gemacht zur revolutionären Betätigung für das sozialistische Proletariat. Unser bestes Wissen und Können ist für diesen Kampf eingesetzt worden. Wir wählten uns ein gut Stück vorwärts gekommen auf der Bahn zum Sozialismus.

Da kam die Rätezentrale. Unter feurigen Schwüren, treu zu den Organisationen zu stehen, versuchten sie sich in den Gewerkschaften festzusetzen. Es gelang bis zu einem gewissen Grad; allerdings dort, wo der Logik zu sehr Gewalt angetan wurde, wurden Dämpfer aufgesetzt. Wenn sie auch immer die Schaffung der selbständigen Führerorganisation leugneten, so haben sie doch in letzter Zeit verschiedentlich die Maske fallen lassen. In der Generalversammlung der Berliner Betriebsräte vom 25. Juni erklärt Rich. Müller in seinem Referat, nachdem er den Aufbau der Räte erläutert: „Die Generalversammlung (Betriebsräte) soll zu allen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nehmen und zu allen Aktionen Beschlüsse fassen, die keine finanziellen Leistungen der Gewerkschaften erfordern.“ Soweit sind wir glücklich, die Gewerkschaften können nun abhängig von der Gnade der Rätezentrale die Kämpfe um Erreichung einiger Pfennige Lohnhöhung führen. Was darüber hinausgeht, soll uns entzogen werden, das soll Betätigungsfeld der Rätezentrale, geführt auf die Betriebsräte, werden. Die vielgelobte Wendung: „soweit sie keine finanziellen Leistungen der Gewerkschaften erfordern“, zeugt von der Haltlosigkeit der ganzen Situation, wie sie die Rätezentrale geschaffen hat.

Wiederholt haben wir die Frage der Kompetenzen zwischen Räte und Gewerkschaft gestellt. Soll dieser lapidare Satz in seiner tiefgründigen Weisheit die Antwort Müllers sein? Wenn man Kant, Fichte und Hegel studiert hat, wird man noch nicht den Inhalt dieses weisen, salomonischen Spruches ergreifen können. Es sind scheinbar nur Redensarten, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, und wenn die klare Vernunft dabei zum Teufel geht. Praktisch sieht es dann so aus: Die Rätezentrale stellt diese oder jene Forderung auf, läßt sie in der Woll- oder Generalversammlung der Betriebsräte durchberaten und darüber Beschlüsse fassen. Die Kollegen in den Betrieben werden nicht gefragt, die Betriebsräte und die Rätezentrale als der Prior und Instanz regeln alles selbst. Dann werden die Forderungen bei den Behörden oder den Unternehmern eingereicht, dabei kann es zu Differenzen kommen. Draufhin diese, so werden die Massen aufgerufen, aber sofort zum Kampf. Sind die Widerstände nicht in wenigen Tagen gebrochen, dann wird die Gewerkschaft gerufen, denn die Frage der Streikunterstützung wird brennend. Der ominöse Satz: „soweit sie keine finanziellen Leistungen erfordern“ tut seine Wirkung. Die Gewerkschaften müssen nunmehr die Mittel für den Streik aufbringen. Für die Räte ist nunmehr die Sache erledigt, sie zeigen kein Interesse mehr an diesem Kampf. Aus der politischen Aktion wird dann die wirtschaftliche und die Gewerkschaften dürfen den verfahrenen Karren wieder flott machen. Die Kollegen in den Betrieben, die unter diesen Verhältnissen die Leidtragenden sind, können dann im günstigsten Falle die Räte von ihren Posten abberufen, aber Schaden haben sie erst einmal weg.

Wir Gewerkschafter, die wir bestrebt sind, die Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen zu machen, müssen energisch gegen diese Art der selbständigen Organisation der Betriebsräte Stellung nehmen. Will man uns verhöhnen? All unsere Arbeit illusorisch machen, uns zurückwerfen auf den Stand einer Lohnforderungsmechanik, die mechanisch beim Feuerwerden der Grube ihre Forderung nach einem Schema F aufstellt und einreicht. Niemals werden wir uns zurückwerfen lassen und uns unter die Diktatur einer Führerorganisation stellen. Sollen wir uns mit der Rolle begnügen, den Zusammenhalt in den Betrieben zu pflegen und

von Periode zu Periode die Wahlen für die Betriebsräte vorzunehmen, daß damit die Rätezentrale exerzieren und mandrieren kann? Sollen die Massen in den Betrieben nicht mehr sein als Wähler für die Betriebsräte, die noch im günstigsten Fall in Aktion treten dürfen, um den Aktionen der Betriebsräte den gewünschten Nachdruck zu verleihen. Niemals! Das Schwerkrieg der Aktionen liegt bei den Massen, die Massen sind diejenigen, welche Beschlüsse fassen und Aktionen unternehmen, mit deren Durchführung die Betriebsräte beauftragt werden. Nicht umgekehrt. Wir müssen organisieren von unten auf, können uns keine fertige Organisation aufzwingen lassen. Oder will man den Massen eine Kappe über den Kopf stülpen, unter der sie ruhig und sanft die Augen zum Schlummer schließen können? Wir sind stolz darauf, größere Massen des Proletariats zu revolutionären Deuten und Handeln gewekt zu haben. Größere Massen in den Betrieben beteiligen sich gegenwärtig aktiv an den revolutionären Aufgaben, so muß es bleiben. Würde man diesen Massen wieder ihre Betätigung entziehen, und nur die gewählten Betriebsräte, nach dem Wunsch der Rätezentrale mit den Aufgaben betrauen, so würden wir nur eine Verjüngung der gesamten Bewegung erleben.

In der gegenwärtigen Zeit, wo die Gewerkschaften beginnen, sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden, wo sie international ihre Macht in die Waagschale werfen und zu Taten schreiten, wie die Boykottierung Ungarns, ferner Aktionen unternehmen zur Verhinderung von Truppen- und Waffentransporten sowie der Munitionsherstellung, kommen die Rätenschen Deutschlands und wollen den Gewerkschaften die Regelung der kleinen Tages- und Fragen nur zugestehen. Wir sollen auf den Stand zurückgebracht werden, den die verschiedenen Gewerkschaften mit mehr oder weniger Glück eben erst unter schweren Kämpfen verlassen haben. So machen wir nicht mit.

Wir Metallarbeiter organisieren die Rätegruppe Metallindustrie, geben in die Ortsgruppen, Bezirks- und Reichsräte unsere gewählten Vertreter ab, so daß wir organisch fortbildend unseren Teil zum Räteystem beitragen. Die anderen Gewerkschaften haben die ihnen zuzumachenden Gruppen zu organisieren und ebenfalls ihre Vertreter in die Räte zu stellen. So wird sich organisch das Räteystem fortbilden und zu einem Instrument des revolutionären Proletariats werden, das gleichberechtigt verbunden mit Partei und Gewerkschaft ein unüberwindlicher Machtfaktor sein wird. Die Priorität der Zentrale, denn nur um diese dreht sich der Streit, wird von uns nicht anerkannt, dazu sind wir laut Beschluß des Verbandstages verpflichtet. Die von der Rätezentrale propagierte selbständige Organisation der Betriebsräte bringt nur eine Reihe von Differenzen und Kollisionen, die die Masse des Proletariats nur noch mehr spalten, aber nicht zu Taten eint. Der gesamte Aufbau dieses Systems ist so unlogisch und inkonsequent, daß es schon beim ersten schweren Kampf zum Zusammenbruch kommen muß.

Darum, Kollegen, die Massen auf! Verfolgt den Kampf, der geführt wird, ihr müßt in den Betrieben über euer Schicksal selbst entscheiden. Verhütet die Schaffung eines Systems, mit dem wir in den Stunden des Kampfes als die blamierten Europäer dastehen. Die Träger des Kampfes und der Aktionen sind die Massen, nur sie können entscheiden und beschließen. Eben erst freigemacht von einer Justanzbevormundung, können wir uns nicht selbst eine neue Instanz auf den Kopf setzen.

Nochmals die „eingestampfte Metallarbeiter-Zeitung“

Unter Hinweis auf das Pressegesetz sendet mir Kollege Richard Müller einen Artikel, in dem er gegen mich persönlich zu Felde zieht. Besonders hat es ihm meine Erklärung über die eingestampfte Metallarbeiter-Zeitung angetan. In einer Zuschrift an den Vorwärts wirt er mir dann Fälscherticks und persönliche gehässige Kampfesweise vor.

Als die Latarnenachricht über die eingestampfte Zeitung vor der Wahl durch die Presse ging, habe ich dazu geschwiegen, da ja der erweiterte Beirat Stellung dazu nehmen sollte. In der Sitzung des Beirats habe ich die gleiche Erklärung, wie ich sie dann in der Metallarbeiter-Zeitung gebracht habe, abgegeben. Kollege Müller hat in dieser Sitzung neben mir gesehen, ohne meine Ausführungen zu beanstanden und versucht nun die Erklärung, die ich vor den Verbandsfunktionären abgegeben habe, in der Öffentlichkeit als Fälschertick zu bezeichnen. Seine Behauptung stützt Kollege Müller darauf, daß ich in dem Romanentwurf zum 340 des Unternehmensentwurfes, den ich wegen sachlichen Bedenken beanstandet habe, den nächstfolgenden Satz weggelassen hätte. Ich werde den fraglichen Kommentar noch einmal bringen und den angeblich von mir unterschlagenen Satz durch Fettdruck hervorheben. Die Kollegen können dann selbst urteilen, ob dadurch die Entgleisung wieder wettgemacht wird. Der Kommentar lautet:

„Nicht nur während der Arbeitszeit und so lange der Arbeiter im Betrieb weilt, will der Unternehmer über ihn verfügen, nein, auch nach der Arbeitszeit, außerhalb des Betriebs, verlangt der Unternehmer das Verfügungsrecht über seine Arbeiter. Behne dem Arbeiter, der es wagt, nach der Arbeitszeit seinen großen Verdienst durch eine kleine Nebenbeschäftigung aufzubessern. Auch wir wollen, daß sich der Arbeiter nach seiner Beschäftigung im Betrieb Ruhe und Muße gönnt.“

Ich habe nicht behauptet, daß diese Entgleisung für mich entscheidend war, den Artikel herauszunehmen, sondern das Zusammenfallen mit den anderen Differenzpunkten erleichterte mir meinen Entschluß, den Artikel zurückzustellen. Nachdem dann dieser Fall gegen den Vorstand ausgeschlichtet wurde, habe ich durch meine Erklärung die Angelegenheit richtiggestellt.

Nachdem der erweiterte Beirat über diesen Fall entschieden hat, kann keine Preßpolemik gepflogen werden und somit wird Schluß gemacht mit diesem Artikel.
Paul Haase.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands am Ende des Monats Juni

Die Absatzstodung dauert noch an. Sie führte zu weiteren Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen, insbesondere machte sie sich in den letzten Wochen fühlbar auf dem Gebiet der Eisen- und Metallindustrie. Mit wurde diese Krise in der Schuhwarenindustrie.

Die allgemeinen Ursachen dieser Erscheinung sind international. Der Londoner Ökonomist konstatiert eine Abschwächung der Preise sowohl in England als Amerika und Frankreich. Sonderbarerweise werden die Gründe für diese Erscheinung für die einzelnen Länder verschieden angeführt, obgleich, wie schon gesagt, diese Erscheinung eine internationale ist. So sind die Preise für die einzelnen Länder für Textilien nach seinen Zusammenstellungen von Ende Dezember 1919 bis Ende März 1920 von 242 1/2 auf 329 1/2 gestiegen, seitdem aber bis Ende Mai auf 2819 heruntergegangen. Ebenso die Preise für verschiedene bis Ende März von 1453 1/2 auf 1709 1/2 gestiegen und seitdem bis Ende Mai auf 1619 heruntergegangen. Darunter sind besonders die Preise für Baumwolle und speziell ägyptische Baumwolle gesunken, ebenso für Zute, Ganf und Seide. Dann sind die Preise für Leber und ähnliches gesunken. Hingegen ist der Index für Minerale nach Ende Mai höher gewesen als Ende März, während die Preise für einzelne Metalle, wie zum Beispiel Blei, Zink und Kupfer, wesentlich gefallen sind.

Daß dies nicht auf eine Besserung des englischen Geldkurses zurückzuführen ist, geht daraus hervor, daß der Kursstand des englischen Pfundes im Mai gegenüber dem Dollar noch etwas niedriger war als im Monat April; der Kursverlust betrug im April 1938 v. S., im Mai 21,03 v. S. Allerdings hat sich der englische Kurs gegenüber einigen anderen Ländern erholt, vor allem gegenüber den Nordländern und einigen südamerikanischen Ländern. Aber diese sind für die Wirtschaft doch nicht ausschlaggebend. Es scheint also, daß auf den Stand der Preise andere Momente einwirkten als der Kurs des Pfundes. Man muß auch noch hinzufügen, daß die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie Englands noch ziemlich lebhaft war, während auf anderen Gebieten sich allerdings eine Abschwächung fühlbar machte. Es ist also im allgemeinen doch auf Mangel an innerem Absatzgebiet und relativer Stagnation des Exports zurückzuführen, wenn auch in England ein gewisser Stillstand in der Produktion eingetreten ist.

Was Deutschland betrifft, so macht sich die Wirtschaftskrise zuerst hauptsächlich in Betriebsstilllegung und Arbeiterentlassungen bemerkbar, weniger auf dem Gebiet der Preise, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die großen Industrien die Preise immer noch hochhalten, obgleich die Marktlage dem absolut widerspricht. So lesen wir in einem Artikel der Frankfurter Zeitung vom 31. Mai über die Geminnisse des Preisabbaues, in dem festgestellt wird, daß auch in der Schmierindustrie Anzeichen eines Wandels auf dem übrigen Warenmarkt deutlich zu merken sind, daß aber eine wirkliche Ermäßigung der Preise immer noch nicht eingetreten ist, trotzdem die Preise früher sehr hoch hinausgeschraubt worden sind. So stellt sich noch immer der Stabeisenpreis auf 3650 M pro Tonne gegen 3335 M am 1. Juni 1920 und 100 M vor dem Kriege. Der Preis für Saarjubiläum wurde sogar auf 5500 M bemessen und einzelne Saarwerke fordern sogar bis 7000 M. Und doch ist die Marktlage auch in der Eisenindustrie wenigstens für Fertigeisen jetzt eine ganz andere als vor ein paar Monaten. Verschiedene Firmen der eisenerzeugenden Industrie bestätigen dem Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung, daß man jetzt Stabeisen, Weich eisen, in sozusagen unbegrenzten Mengen erwerben könne. Die Abnehmer dagegen beobachten hier wie in anderen Branchen eine vorläufig abwartende Haltung, suchen Preisbestimmungen zu vermeiden, ja betonen nicht selten die Neigung, die Abnahme für ältere, teure Abschüsse zu verweigern. In gewissen Verfeinerungszweigen, wie zum Beispiel in Remscheid und Solingen, wo die Ausfuhrmöglichkeiten durch die Wälbtafbesserung dahin schwinden, soll es recht unerfreulich ausfallen. Das Glück der Eisenhändler und Schleifhändler gehört jedenfalls der Vergangenheit an. Sieht man auch im Eisengewerbe Entwürfen, die sich der Umkehr zu einer Preisverleiderung widersetzen möchten, so dringt doch der Umstand, daß der Weltmarktpreis bei uns, wenn auch nicht durchweg in den amtlichen Preisnotierungen, so doch in den faktisch erlangten Preisen überholt worden ist — von westlichen Werken wird Stabeisen zu 1650 Fr. pro Tonne angeboten und in England lautete die Notierung auf 28 1/2 £ —, notwendigerweise auf baldigen Abbau. (Fr. Ztg.)

Aber nicht nur die Eisenindustriellen, sondern auch die Verbraucher von Eisen, beispielsweise die Erzeuger von landwirtschaftlichen Maschinen, sehen sich einer Verbilligung der Erzeugnisse entgegen. Die Maschinen-Zeitung vom 15. Juni bringt einen Bericht über die Lage der landwirtschaftlichen Maschinen, in dem unter anderem folgendes ausgeführt wird: Die Industrie vertritt zunächst noch den Standpunkt, daß angesichts der erhöhten Löhne und Rohstoffpreise an eine Verbilligung der Preise nicht zu denken sei, und doch haben die deutschen Maschinenpreise seit einiger Zeit die Weltmarktpreise erreicht und jede Besserung der deutschen Wälbtafb bringt dazu, daß die deutschen Preise der Weltmarktpreise übersteigen. Auf diese Weise wird der Absatz nach dem Auslande natürlich erschwert.

Hier wie in dem Bericht über die Eisenindustrie wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Besserung der deutschen Wälbtafb den Absatz von deutschen Waren nach dem Auslande erschwert hat. Das trifft auch zu, da der niedrige Kursstand des deutschen Geldes den Ausverkauf Deutschlands in der Tat außerordentlich erleichtert hat. Dieser Zustand könnte schon aus dem einfachen Grunde nicht lange dauern, weil die allzu rasche bedeutende Ausfuhr an und für sich den Kurs der deutschen Mark in die Höhe treiben könnte. Davon schon abgesehen, daß der außerordentlich niedrige Stand der deutschen Mark mit 5 Mark in der Schweiz gekauft, ist zum großen Teil eine Folge der Wertspekulation und der starken Schwankungen, die eine wirtschaftliche Krise gewöhnlich mit sich zieht und auf die normalerweise eine Reaktion folgt. Die deutsche Mark hat sich inzwischen etwas erholt, ist aber immerhin auf viel niedrigerem Stande als zu Anfang des Jahres geblieben, so daß im großen und ganzen die Bewegung nach unten nur aufgehalten, nicht geändert worden ist. Wie dem aber auch sei, die Hochkonjunktur des Exportes, die in den letzten Monaten eingelebt hat, scheint wenigstens zeitweilig unterbrochen zu sein; da die Industrie sich auf den äußeren Markt eingerichtet hat, so leidet sie unter den großen Absatzschwierigkeiten infolge der Stodung der Ausfuhr.

Wenn man diese Erscheinung ökonomisch betrachtet, so findet man, daß die Ausfuhr möglich war, weil sich die Industrieerzeugnisse immer mehr den Weltmarktpreisen näherten, während die Lebensmittelpreise und Löhne im Inlande bedeutend niedriger waren als im Auslande. Der Unternehmer konnte mit relativ niedrigen Löhnen wirtschaften

und trotzdem Weltmarktpreise für seine Erzeugnisse erlangen. So haben wir schon gesehen, daß der Stabpreis für mehr als das 30fache oder gar 70fache gegenüber den Vorkriegspreisen gestiegen ist. Ebenso steigen die Preise einiger Zertifikatergebnisse außerordentlich hoch an. So kostete beispielsweise 1 Meter Herrenstoff vor dem Kriege 12 M. und im März 1920 450 M., das Meter Damenstoff kostete 14 M. und im März 1920 300 M., 1 Meter Hemdentuch, das 1914 nur 50 S. kostete, stellte sich im März 1920 auf 40 M. Ebenso sehr bedeutend sind die Preise der Schulbücher gestiegen. Ein Paar Strahnenheft, das vor dem Kriege 12 bis 16 M. kostete, stellte sich im März 1920 auf 425 und mehr Mark. Die Lebensmittelpreise hingegen, wenn man nur die rationierten Mengen in Betracht zieht, sind nach H. Kuczynski bis April 1920 auf das 12fache gestiegen, die freien Preise sind allerdings bedeutend höher. Da aber die Arbeiter, trotzdem die rationierten Mengen nur ein geringes Quantum von Kalorien (11 200 in der Woche gegenüber von 16 800 bis 21 000, die für eine erwachsene Person notwendig sind) enthalten, mit den Lebensmitteln, die auf die Karte verteilt werden, sich mehr oder weniger begnügen, so sind auch die Löhne entsprechend bedeutend geringer gestiegen, als die Preise der anderen Gegenstände, und folglich könnten die Unternehmer bei der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse einheimischen, weggefallen. Daher die Klagen über die hohen Arbeitslöhne, die eigentlich nicht einmal den hohen Lebensmittelpreisen entsprechen.

Der Verein der Maschinenbauer ist auf einen Plan gekommen, die Regierung aufzufordern, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse freizugeben, damit sie sich den Weltmarktpreisen anpassen und die Landwirtschaft infolgedessen große Kaufkraft für die Maschinen bekommen solle. Die Unternehmer begreifen gar nicht, daß eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise automatisch eine Erhöhung der Löhne mit sich ziehen muß und auf diese Weise noch weniger imstande sein werden, der ausländischen Industrie gegenüber konkurrenzfähig zu sein.

Der Mangel an innerem Absatz erklärt sich aber nicht nur aus den niedrigen Löhnen, sondern auch aus der Schwierigkeit oder sogar Unmöglichkeit der proportionalen Entwicklung aller Wirtschaftszweige infolge der Verarmung Deutschlands an Produktionsmitteln. Diese Disproportionalität der einzelnen Gebiete hemmt ungemein die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern in allen anderen Ländern, und wird eine der bedeutendsten Ursachen der dauernden wirtschaftlichen Krise sein. Man darf darum mit einer Zukunftsentwicklung rechnen, keineswegs mit einer gradlinigen Aufwärtsbewegung. Wie dem aber auch sei, die Aussichten für einen dauernden und bedeutenden Preisrückgang scheinen uns nicht allzu groß zu sein, da der Mangel an wirtschaftlichen Gütern überall bedeutend ist und die Rohstoffgewinnung in festen Händen liegt und die Rohstoffe infolgedessen auch nur zu hohen Preisen geliefert werden. Die wirtschaftliche Krise, die durch den Krieg hervorgerufen worden ist, ist also noch keineswegs überwunden, sondern nimmt verschiedene Formen an.

Sitzung des erweiterten Beirats

(Fortsetzung.)

Punkt 4 der Tagesordnung.

Dißmann: Die Entwicklung der Rätebewegung nach der Revolution 1918 und ebenso die bisherigen Auseinandersetzungen über die Betriebsrätefrage sind den Kollegen im allgemeinen bekannt. Die letzte erweiterte Beiratsitzung beschäftigte sich mit der Wahl der Betriebsräte. Heute steht im Vordergrund, welche Aufgaben den Betriebsräten zu stellen sind und wie ihre Zusammenfassung erfolgen muß. Die erste Aufgabe der Betriebsräte ist die Wahrung der Interessen der Arbeiter innerhalb des Betriebes in allen Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, und ihre zweite Aufgabe, die hinter der ersten nicht zurückstehen soll, ist die, als Sozialisten und revolutionäre Kämpfer mit allen Mitteln auf die Befreiung des Kapitalismus hinzuwirken und sich mit allen Fragen zu beschäftigen, die diesem Zwecke dienen.

Wer die wesentlichen Bestandteile der Aufgaben der Betriebsräte beachtet, muß sagen, daß dieselben mit den Aufgaben der Gewerkschaften zusammenfallen und die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften aufzutreten, hinter denen die organisierten Arbeiter, hinter denen die Machtmittel der Gewerkschaften stehen müssen. Niemand kann mit gutem Gewissen behaupten, daß für die Betriebsräte eine selbständige Organisation geschaffen werden muß.

Redner widmet der Sozialisierung einige Betrachtungen, wobei er die Bedeutung der russischen Gewerkschaften in dem Kampf der Arbeiter hervorhebt. Die Russen wählten den Gewerkschaften den Platz ein, der ihnen gebührt. Dort sind die Gewerkschaften die Träger der Sozialisierung. Wenn schon in England, wo die Gewerkschaften nicht die Bedeutung und die historische Grundlage haben wie in Deutschland, die Gewerkschaften diese wichtige Rolle spielen, dann kann es niemand wagen, davon zu sprechen, daß die Gewerkschaften in Deutschland im Laufe der Zeit beiseite gelassen sollen oder an Bedeutung verlieren. Im Gegenteil. Die politische Macht zu erobern, mag in bestimmten Zeiten nicht abgesehen sein, aber sie festhalten und darüber hinaus den Sozialismus zu verwirklichen, dazu bedarf es geschulten Kämpfers, die nur in den Gewerkschaften, Gewerkschaften und in der Partei besitzen. Wir brauchen den letzten Mann, und es wäre ein unbegreiflicher Fehler, wenn wir dies außer acht lassen. Wir müssen bis in den letzten Winkel des Landes kommen; das kann aber nur durch die Gewerkschaften geschehen, nicht durch die Betriebsrätezentrale. Die Gewerkschaften erfüllen die letzte Aufgabe der Produktion, sind vorgeordnet bis zum letzten Dorf und haben die Arbeiter erfasst, sie sind es, die die Arbeiter organi-

siert. Die Betriebsräte sind nur ein Glied in der Kette, die die Arbeiter faktisch zusammenfassen, schulen und vorwärts bringen. Die Rätebewegung ignorieren wir durch diesen Standpunkt in keiner Weise, wir sind ihre warmen Befürworter. Der Verbandstag hat jedoch keine besondere Organisation für die Räte beschlossen; das System muß in den Gewerkschaften wurzeln, nur diese verleihen den Betriebsräten Kraft und Macht.

Bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter müssen die Gewerkschaften ihr ganzes Sein einsetzen. Sie können daher verlangen, als führende Faktoren in Betracht gezogen zu werden.

Es wird niemand behaupten wollen, daß ein Aufruf der Betriebsrätezentrale zum Kampf die gleiche Bedeutung hat wie ein Aufruf der gesamten Gewerkschaften. Und wie oft mühten wir beobachten, daß ein politischer Kampf zu einem wirtschaftlichen umgestempelt wird, indem die Nachwirkungen der Aktionen die Arbeiter in den Betrieben trafen, das Unternehmertum gegen sie vorging usw. Bei diesen Kämpfen aber verlangen die Arbeiter die Unterstützung der Gewerkschaften. Aus diesem Grunde geht es nicht, daß eine andere Stelle „Suppen einbringt“, die wir dann auslöpfeln müssen. Redner führt verschiedene Beispiele an und betont, daß der Vorstand die Pflicht hat, diese Tatsachen sprechen zu lassen.

Wer der Rätebewegung den größten Dienst erwirken will, muß bei den Betriebsräten für ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Gewerkschaftsorganisation eintreten. Im Rahmen unserer Organisation wollen wir die Betriebsräte zur freien Entfaltung bringen. Im einzelnen wird dabei die Praxis unser Begleiter sein. Redner erläutert eine Resolution, die der Vorstand dem Beirat zur Annahme unterbreitet, und betont die Pflicht, die Freunde von rechts auf unsere revolutionären Kampfmethoden zu ziehen; ferner mühten die Kollegen auf dem Boden der Betriebsrätezentrale zugehen, daß die Vorschläge im Interesse der Gesamtarbeiterschaft liegen. In der Diskussion äußert sich zunächst Garbe (Stettin) über die Verträge der Arbeitgeber, den Arbeitern die Rechte wieder zu nehmen, die sie während der Revolutionszeit erworben haben. Besonders strittig sind die Fragen über die Ausübung der Tätigkeit der Betriebsräte während der Arbeitszeit und über das Recht der Arbeitszeitbegrenzung bei Einstellung und Entlassung. Die Rechte der §§ 36 und 84 des Betriebsrätegesetzes müssen noch erkämpft werden. Eine Entziehung der Mitglieder zu revolutionären Arbeiten ist nötig. Die Betriebsratsmitglieder dürfen nicht während der Arbeitszeit in die Arbeit gezwungen werden. Diese Frage sollte in der Betriebsräte-Zeitung eingehend besprochen und zum Ausdruck gebracht werden, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, seine Meinung selbst zu sagen und erst, wenn ihm kein Recht wird, den Betriebsrat zum Eingreifen aufzufordern.

Voss (Galle): Die Richtlinien des Vorstandes sind reichlich verpöndelt worden; wir haben längst darauf gewartet. Redner ist einverstanden, daß die Betriebsräte Organe der Organisation sein müssen. Eine wichtige und erste Arbeit ist die Schulung der Kollegen; ihr muß größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. In längeren Ausführungen skizziert Redner darauf Vorgänge in Galle, wo sich eine Räteorganisation für den Wirtschaftsbezirk Halle-Deipzig gebildet hat, gegen die sich Redner als Sonderorganisation wendet.

Kusch (Berlin): Die Priorität kann den bestehenden Rätezentralen nicht abgesprochen werden. In Berlin ist die Organisation, um sich in das System zu passen, umgebildet worden. Der Vorstandsvorschlag bedeutet Betriebsräte für die Metallindustrie. Auf zentraler Grundlage wird nur ein Beirat gefordert, das genügt nicht. Wir brauchen ein vollkommen ausgebautes Räteystem.

Mit den Bestrebungen, die in Berlin jetzt zutage treten, sind wir nicht einverstanden. Die Räte gingen dazu über, in den Aufgabenzirkel der Gewerkschaften einzugreifen, und wir mußten den Betriebsräten Richtlinien geben, die sie im Interesse der Organisation durchzuführen haben. Gesetze dies nicht, würden die Gewerkschaften eine Filiale der Rätebewegung. Das geht nicht. Wir können auch nicht anerkennen, daß die Rätezentrale eine vollständig selbständige Organisation ist. Redner erklärt darauf den Aufbau des Systems in Berlin, das von dem Vorstandsvorschlag wesentlich abweicht.

Kaufers (Magdeburg) verweist im Vorstandsvorschlag konkrete Vorschläge für die Zusammenfassung sämtlicher Industriezweige, d. h. über die Metallindustrie hinausgehend. Andererseits sei Rücksicht auf die Rätebewegung zu nehmen, die sich ohne weiteres anzuwenden.

Lang (Gotha) spricht über die Betriebsrätefrage, wie sie sich in Gotha entwickelte, und betont, daß den Bestrebungen zur Schaffung selbständiger Organisationen entgegengetreten werden muß. Zur Führung von Kämpfen sind nur die Gewerkschaften berufen.

Müller (Stettin): Bei Beurteilung der Stellung der russischen Gewerkschaften ist deren historische Entwicklung zu beachten. Sie sind revolutionär. Wäre dies in Deutschland auch, könnten die deutschen Gewerkschaften dieselbe Stellung wie die russischen beziehen. Aber die meisten deutschen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Nürnberger Beschlüsse und diese sind konterrevolutionär. Meine Haltung in der Rätefrage ergibt sich aus deren historischer Entwicklung. Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress und auf dem Stuttgarter Verbandstag ist die Frage vom Redner behandelt worden, er glaubt also, die Auslegung der Resolution auf dem Stuttgarter Verbandstag zu können. Redner verweist auf seinen Artikel in Nr. 46/1919 der M.-Z. Das dort Gesagte ist kein Dogma, aber was vertreten wurde, ist eine logische Folgerung der auf dem Verbandstag aufgestellten Grundsätze.

Nach am 18. Februar 1920 hat der Vorstand die Lesung und Fassung der Zeitung gebilligt. Redner schließt daraus, daß der Vorstand damit die von ihm vertretenen Grundsätze in der Rätefrage billigte. In logischer Folge wurde die Wahl revolutionärer Betriebsräte gefordert. Wenn die Meinung besteht, daß die Betriebsräte die Träger des Wirtschaftssystems sein sollen, dann muß auch der Rat vorhanden sein, für die Wahl revolutionärer Betriebsräte einzutreten. Wer die Verbandstagsbeschlüsse durchzuführen will, darf nicht schreiben wie Dischmann in Nr. 13 der M.-Z.

Müller (Stettin) äußert sich zu den Ausführungen von Garbe und spricht über die Stettiner Betriebsräte. Die Sache sollte nicht so entfallen werden, als ob das ganze Räteystem überflüssig sei. Die Gewerkschaften hätten ihre Pflicht nicht immer erfüllt.

Bernard (Frankfurt a. M.): Die Betriebsrätefrage ist eine Nachfrage, die letzter Endes durch Kampf erledigt werden muß. Dieser kann nur durch die Organisation geführt werden.

Schumann (Berlin) schildert an einer Reihe von Beispielen die Verträge der Unternehmer, die Betriebsräte zu verdrängen, und ist der Ansicht, daß dadurch schon ein enger Zusammenschluß der Betriebsräte notwendig ist.

Dischmann geht in seinem Schlußwort auf die Fragen ein, die von einzelnen Rednern aufgeworfen wurden, weiß auf die Unterstützung der Meinarbeit durch einen Teil der Vertreter der Betriebsrätezentrale hin und betont, daß wir nur Großes leisten können, wenn wir durch die Meinarbeit, durch die organisierte Zusammenfassung der Massen die Voraussetzung für große Aktionen schaffen. Die Verschärfungen des Betriebsrätegesetzes können nur durch die Organisation abgewehrt werden. Das ist schon ein Beweis, daß wir als Gewerkschaft die Betriebsräte in der Hand haben müssen. Wo will denn die Betriebsrätezentrale ihre Kraft nehmen? Der Vorwurf von Engelle, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht nicht erfüllen, sei unberechtigt und müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Solange die Zerstörung der proletarischen Parteien bestünde und solange die Gewerkschaften mit den christlichen, jüdisch-dunedschen und anderen Organisationen rechnen müssen, sei Müllers Ansicht, alle Betriebsräte unter einen Hut zu bringen, eine Utopie.

Die Gedankengänge von Müller, wie sie jetzt ausgelegt werden, sind von der Mehrheit seiner Fraktion auf der letzten Generalversammlung strikte abgelehnt und unter Widerspruch von Müller sind die entscheidenden Sätze, die für die Räte eine überparteiliche, selbständige Gebilde schaffen wollten, gestrichen worden. Es kann also nicht gesagt werden, daß Verbandstagsbeschlüsse verletzt werden, wenn wir Müllers Gedankengängen nicht folgen. Ein wesentlicher Teil dessen, was Müller zur Frage der Betriebsräte vorgetragen hat, wurde bereits ebenso beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt von ihm gesagt und — soweit es sich um Vorwürfe gegen den Vorstand handelt — von uns widerlegt. Das gilt u. a. von der „Billigung“ der Lesung der M.-Z. durch den Vorstand, meinem Artikel in Nr. 13 der M.-Z. u. a. Wenn Müller sagt, daß der Beirat darüber zu entscheiden hat, ob Entfaltung der Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse oder mit „fliegenden Fahnen zurück ins alte Lager“, so ist letzteres eine so lächerlich-sinnfällige Konstruktion, daß sie bei näherem Zusehen ohne weiteres in sich zusammenbricht. Die Resolution des Kollegen Müllers enthält zum Teil Selbstverständlichkeiten, andere materielle Fragen, die keine Resolution betreffen, werden durch die Vorstandsvorschläge geregelt, doch an der Kernfrage: Zusammenfassung der Betriebsräte durch und innerhalb der Gewerkschaften oder selbständige Betriebsräteorganisation drückt sich die Müllersche Resolution vor. Dazu aber muß Stellung genommen werden. Redner erjudet den Beirat, die Richtlinien des Vorstandes anzunehmen. Wir wollen keinen Konflikt, aber die Wahrheit unserer Selbstständigkeit und die Einheitslichkeit unserer Organisation ist hochgehalten.

Seiner (Berlin) beantragt zu der Resolution über die Haltung der Zeitung, die auf die Entfernung des Kollegen Müller aus seiner Stellung als Redakteur der M.-Z. hinausläuft, namentliche Abstimmung. Der Beirat beschließt demgemäß.

Die Resolution des Vorstandes über die Betriebsräte wird gegen 12 Stimmen angenommen. Die Resolution ist bereits in Nr. 26 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. (Schluß folgt.)

Eine weitere logische Folgerung der Verbandstagsbeschlüsse ist die Forderung der Zusammenfassung der Betriebsräte; die Beschlüsse bedingten Form und Art des Aufbaus eines wirtschaftlichen Räte-systems. Wenn das verwirklicht werden soll, was die Generalversammlung fordert, nämlich eine revolutionäre Organisation, die den politischen Kampf führt und die den kapitalistischen Produktionsprozeß übernimmt, dann muß eine Organisation aufgebaut werden, die dieses Ziel gewährleistet. In den Artikeln „Das Gebot der Stunde“ und „Vor der Entscheidung“ sind diese Gedankengänge enthalten. Der Beirat hat heute zu entscheiden, entweder die Stuttgarter General-versammlungsbeschlüsse einzuhalten oder mit fliegenden Fahnen ins alte Lager zurückzukehren. Warum? Dischmann sagt, die Arbeiter werden durch die Gewerkschaften erfasst, nicht durch die Betriebsräte. Die Zahl der Organisierten ist berart, daß die Macht der deutschen Arbeiterbewegung in den Händen liegt. Auf revolutionärem Kampfboden steht nur eine kleine Zahl. Wir haben die Pflicht, alle zu erfassen, und wir sind verpflichtet, die Revolution vorwärts zu treiben. Tatsache ist nun, daß eine große Zahl Betriebsräte Gegner der Gewerkschaften sind. Diese müssen außerhalb erfasst und planmäßig in revolutionäre Gewerkschaften hineingebracht werden. Dadurch wird eine Zersplitterung unterbunden. Wenn das wirtschaftliche Räteystem nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat erreicht werden soll, dann kann dies nur durch Aufbau einer selbständigen Räteorganisation geschehen. Haben wir ein Räteystem, das das ganze Wirtschaftsleben trägt, dann ist es selbstverständlich, daß Partei und Gewerkschaft im Rahmen dieses Organismus arbeiten müssen. Die Räteorganisation wird ein Überparteigebilde sein, an das sich alles anlehnt.

Bis jetzt ist die Frage noch nicht zu entscheiden, sie ist noch Theorie; aber seine Meinung glaubt Redner vertreten zu müssen und er kann nicht verstehen, daß man sich auf das Verlangen verweist, daß er das, was er als Recht erkannt, aufgeben soll.

In weiteren Ausführungen geht Redner auf die von Dischmann angelegenen Schwierigkeiten ein, die den Gewerkschaften durch angebliche Betriebsräte entstehen, und erörtert ferner die in Berlin entstandenen Differenzen. Die Vorstandskritiklinien bedeuteten eine Annäherung an den Gewerkschaftsbund. Redner erblickt darin ein Verhängnis für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Er plädiert zum Schluß für die Annahme folgender Resolution:

Die letzte Generalversammlung hat die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete anerkannt und den Verband zur Führung desselben verpflichtet. Demgemäß muß die innere Organisation des Verbandes umgestaltet werden und müssen die Mitglieder wie auch die Funktionäre der Organisation in diesem Sinne wirken.

Diese Haltung der obersten Instanz der Organisation verpflichtet den Verband, für die Wahl revolutionärer Betriebsräte einzutreten, wie auch die Zusammenfassung aller Betriebsräte der Metallindustrie vorzunehmen.

Die Richtlinien des A. D. G. B. für die Zusammenfassung der Betriebsräte entsprechen nicht diesen Grundsätzen. Der erweiterte Beirat lehnt sie deshalb ab.

Der erweiterte Beirat hält den Zusammenschluß aller Betriebsräte der Metallindustrie zu einer Räteorganisation für die Metallindustrie für dringend geboten und verpflichtet den Vorstand, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen durch Einberufung eines Reichstages der Betriebsräte der Metallindustrie.

Um eine reifliche Beteiligung der Betriebsräte zu erreichen, soll sich der Vorstand mit den bestehenden Rätezentralen ins Benehmen setzen, damit auch diese für den Kongress wirken. In diesem Kongress dürfen nur Betriebsräte als Delegierte entsandt werden. Außerdem nehmen teil die Mitglieder des erweiterten Beirats und eine beschränkte Anzahl Vertreter der Rätezentralen, jedoch nur mit beratender Stimme. Alle weiteren Maßnahmen trifft der Vorstand.

Vorhölzer (Stuttgart) widerspricht sich. Müller, der in die Resolution der Stuttgarter Generalversammlung etwas hineinlege, was nicht drin steht, Redner verzieht die Resolution und betont, daß das Fundament zur Aufklärung aller Wirtschaftlichen die Organisation sein müsse, kein Sondergebilde. In der Rätefrage mußten unverantwortliche Personen und Instanzen, die sich früher keinen Namen um die Arbeiterbewegung kümmerten. Die Richtlinien der Galle Betriebsrätezentrale seien vollkommen ein Staat im Staat. Die Anhänger der Rätezentrale mögen die besten Absichten haben, aber sie lassen sich von falschen Trugschlüssen leiten. Diese Kollegen verwechseln das Ziel mit der momentanen Lage; man zäumt keinen Gaul am Schwanz auf.

Engelle (Stettin) äußert sich zu den Ausführungen von Garbe und spricht über die Stettiner Betriebsräte. Die Sache sollte nicht so entfallen werden, als ob das ganze Räteystem überflüssig sei. Die Gewerkschaften hätten ihre Pflicht nicht immer erfüllt.

Bernard (Frankfurt a. M.): Die Betriebsrätefrage ist eine Nachfrage, die letzter Endes durch Kampf erledigt werden muß. Dieser kann nur durch die Organisation geführt werden.

Schumann (Berlin) schildert an einer Reihe von Beispielen die Verträge der Unternehmer, die Betriebsräte zu verdrängen, und ist der Ansicht, daß dadurch schon ein enger Zusammenschluß der Betriebsräte notwendig ist.

Dischmann geht in seinem Schlußwort auf die Fragen ein, die von einzelnen Rednern aufgeworfen wurden, weiß auf die Unterstützung der Meinarbeit durch einen Teil der Vertreter der Betriebsrätezentrale hin und betont, daß wir nur Großes leisten können, wenn wir durch die Meinarbeit, durch die organisierte Zusammenfassung der Massen die Voraussetzung für große Aktionen schaffen. Die Verschärfungen des Betriebsrätegesetzes können nur durch die Organisation abgewehrt werden. Das ist schon ein Beweis, daß wir als Gewerkschaft die Betriebsräte in der Hand haben müssen. Wo will denn die Betriebsrätezentrale ihre Kraft nehmen? Der Vorwurf von Engelle, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht nicht erfüllen, sei unberechtigt und müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Solange die Zerstörung der proletarischen Parteien bestünde und solange die Gewerkschaften mit den christlichen, jüdisch-dunedschen und anderen Organisationen rechnen müssen, sei Müllers Ansicht, alle Betriebsräte unter einen Hut zu bringen, eine Utopie.

Die Gedankengänge von Müller, wie sie jetzt ausgelegt werden, sind von der Mehrheit seiner Fraktion auf der letzten Generalversammlung strikte abgelehnt und unter Widerspruch von Müller sind die entscheidenden Sätze, die für die Räte eine überparteiliche, selbständige Gebilde schaffen wollten, gestrichen worden. Es kann also nicht gesagt werden, daß Verbandstagsbeschlüsse verletzt werden, wenn wir Müllers Gedankengängen nicht folgen. Ein wesentlicher Teil dessen, was Müller zur Frage der Betriebsräte vorgetragen hat, wurde bereits ebenso beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt von ihm gesagt und — soweit es sich um Vorwürfe gegen den Vorstand handelt — von uns widerlegt. Das gilt u. a. von der „Billigung“ der Lesung der M.-Z. durch den Vorstand, meinem Artikel in Nr. 13 der M.-Z. u. a. Wenn Müller sagt, daß der Beirat darüber zu entscheiden hat, ob Entfaltung der Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse oder mit „fliegenden Fahnen zurück ins alte Lager“, so ist letzteres eine so lächerlich-sinnfällige Konstruktion, daß sie bei näherem Zusehen ohne weiteres in sich zusammenbricht. Die Resolution des Kollegen Müllers enthält zum Teil Selbstverständlichkeiten, andere materielle Fragen, die keine Resolution betreffen, werden durch die Vorstandsvorschläge geregelt, doch an der Kernfrage: Zusammenfassung der Betriebsräte durch und innerhalb der Gewerkschaften oder selbständige Betriebsräteorganisation drückt sich die Müllersche Resolution vor. Dazu aber muß Stellung genommen werden. Redner erjudet den Beirat, die Richtlinien des Vorstandes anzunehmen. Wir wollen keinen Konflikt, aber die Wahrheit unserer Selbstständigkeit und die Einheitslichkeit unserer Organisation ist hochgehalten.

Seiner (Berlin) beantragt zu der Resolution über die Haltung der Zeitung, die auf die Entfernung des Kollegen Müller aus seiner Stellung als Redakteur der M.-Z. hinausläuft, namentliche Abstimmung. Der Beirat beschließt demgemäß.

Die Resolution des Vorstandes über die Betriebsräte wird gegen 12 Stimmen angenommen. Die Resolution ist bereits in Nr. 26 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. (Schluß folgt.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland

III.

Der Kampf für die Sowjetmacht.

Der am 7. November 1917 verfaßte sozialistische Programm der Sowjetrußlands orientierte sich mit überwiegender Majorität die Politik des Petersburger Sowjets. Die bisherige Koalitionsregierung wurde abgesetzt. Rußland erklärte sich als eine Arbeiterrepublik. Die provisorische Übergangs-sozialistische Regierung, die im Laufe des Jahres eintrat, mußte dem Schicksal des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, befolgt, die Macht und Herrschaft der Bourgeoisie mit Hilfe der roten Armee und der Sowjetmacht zu verteidigen.

Stets organisiert einen Widerstand gegen die Bourgeoisie, wurde aber gescheitert und erlitten nur dank der Durchsichtigkeit der roten Befehlshaber aus der Arbeiterklasse.

Während dieser Kämpfe gingen die Fabrikkomitees und Gewerkschaftsorganisationen unter dem Namen der Rätebewegung. Die Fabrikkomitees und Gewerkschaften waren die Organe der organisierten Arbeiter, welche auf sich die Sorge für die unmittelbaren Funktionen der allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen.

Die Gewerkschaftsbewegung nach der Revolution. Die Revolutionäre wollten eine geeignete Umgestaltung in die Politik und die Kultur der gewerkschaftlichen Bewegung. Wenn früher, am Ende des kapitalistischen Regimes, die ganze Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen darin lag, die Arbeiter für den Kampf um die Befreiung der menschlichen Seele, der Befreiung des Arbeitslohn, die Erhöhung der Arbeitslöhne, der Sozialversicherung gegen Unglücksfälle, Krankheit, Invalidität und Alter, die Befreiung der Familienverhältnisse, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen (Arbeitslosen) zu sorgen, so konnten diese Aufgaben nach der Revolution, die den Sowjets die ganze Macht gegeben hatte (das heißt, die Arbeiter und die ersten Bauern waren die Befürworter der revolutionären Gewalt geworden), nicht mehr in den engen Rahmen des Schutzes der gewerkschaftlichen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse eingepreßt werden. In dem Augenblick, wo die politische Macht in den

Handen der Arbeiterklasse lag, mußte sie auf das Schicksal der ökonomischen Organisationen des Proletariats geachtet oder richtiger von diesen übernommen werden, und man war die Beteiligung bei der Ausübung der Macht eine mehr aktive Aufgabe. Und diese wurde zuerst erfüllt, es die allgemeine Willkür und Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen der neuen Zeit entschieden wurde.

Nach der Novemberrevolution bis zum ersten Kongress der gewerkschaftlichen Organisationen — zunächst zwei Monate — wurde eine halbjährige Arbeit von den gewerkschaftlichen Organisationen und den Fabrikkomitees geleistet. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen während dieser zwei Monate des Kampfes um den Sozialismus wurde bestimmt in bedeutendem Grade durch die Kampfsart des organisierten Proletariats. Bekanntlich antworteten die Kapitalisten und ihre Anhänger auf die Revolution der Arbeiter und Bauern mit Streik und Sabotage. Sie schloffen ihre Fabriken und Werkstätten. Sie weigerten sich, die Arbeiter für die Zeit zu bezahlen, die sie bei ihnen gearbeitet hatten, sie verweigerten ihr Geld und ihre Rohstoffe usw. Mit einem Worte: sie erklärten den Krieg gegen die Sowjets und die Gewerkschaftsorganisationen. Auf dem politischen Gebiet befehligte, überlegte die Kapitalisten der Kampf um wirtschaftlichen Kriegszustand auf das wirtschaftliche Gebiet, in der Annahme, der Arbeiterklasse in dieser Weise einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Auf dieses Schicksal der Fabriken und Werkstätten antwortete die Regierung mit der Beschlagnahme des Eigentums und ließ in den Fabriken die Arbeit wieder aufheben. Auf die Sabotage der Bauern antworteten die Gewerkschaftsorganisationen mit der Einstellung neuer Kräfte aus der Arbeiterklasse. Der Organisationen und den Fabrikkomitees lag infolge der Unruhe die vermittelnde Aufgabe der Organisation der Fabrikleitung ob. In dieser Tätigkeit konnten wir uns nicht auf die Erfahrung des internationalen Proletariats stützen, wie dies bei der Organisation der Verwaltung der Fall war. In keinem Stadium der Geschichte, in keinem sozialistischen Stadium, wurden wir irgend einem Vorbild gefunden haben. Die Notwendigkeit drängte uns, die ersten zu sein, den Weg der sozialen Revolution zu beschreiten. Wir mußten handeln und lernen aus unserer eigenen Erfahrung. Dies taten wir und tun es noch.

Um was geht es?

Die politische Situation Deutschlands ist in ein neues Stadium getreten. Bis zum letzten Kreisblatt herunter beschäftigt man sich damit, was nun kommen und geschehen soll.

Das ist der Knechtische letzte Berendel Das ist, wie noch nie ein Würfel fiel Aus der Könige letzten bedenden Händen, Der letzte Wurf in dem alten Spiel.

Es geht um den uralten Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Die Peere dieser beiden unüberbrückbaren Pole sind sich näher gerückt und stehen sich Auge um Auge gegenüber.

In einer bürgerlichen Republik unter entwickelter Kapitalistischer Produktion herrscht die Bourgeoisie direkt. Proletariat und Bourgeoisie stehen sich unvermittelt gegenüber.

Dieser durch nichts getriebene Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird in seiner vollen Schärfe zum Ausdruck kommen und plastisch in Erscheinung treten, wenn die rechtssozialistische Partei ihr Versprechen hält und in der Opposition bleibt.

Für uns als Gewerkschafter wird die nächste Phase revolutionärer Kämpfe auch deshalb von Interesse sein, weil diese Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete zum Austrag kommen.

Darum geht es! Dies bestätigt in vollem Umfange auch die Deutsche Arbeiterzeitung vom 13. Juni, wenn sie schreibt: Die großen gemeinschaftlichen Interessen (zwischen Bürgerium und Unternehmern) sind aber Aufrechterhaltung des Privateigentums und des Erbrechts und Verhinderung der Klassenherrschaft!

Man darf auch in den sozialistischen Bestrebungen das soziale Ideal nicht verkennen und darf nicht den sozialen Gedanken an sich bekämpfen, sondern nur die Ausartung, die wir hier eben sozialistisch nennen.

Auch das Scharfmacherblatt bekennt nicht, daß die Vermittlung des Sozialismus die unabänderliche Konsequenz der Entwicklung ist. Aber die Regelung des Tempos seiner Weiterentwicklung liegt ihr am Herzen.

Wenn aber hinsichtlich der Gedanke des Sozialismus und der des Privateigentums (sic!) zusammen an den Wagen unseres Glücks gespannt werden können, wird sich das Tempo ganz von selbst regeln.

Die Unterstellungen rühren von uns her. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Reulenschläge von den Rechtssozialisten abzuwehren, die ihnen hier von dem Unternehmerblatt durch derartige Lobhudeleien veretzt werden.

Der Kuriosität halber wollen wir noch einige Sätze der Arbeiterzeitung hier abdrucken, um daran zu zeigen, welche weltfremde Ideologie dieser Artikelschreiber ist.

Als zweites wichtiges Interesse des Bürgeriums ist oben die Verhinderung der Klassenherrschaft genannt worden. Klassen gibt es ja erst, seit sich die Sozialdemokratie als Klasse aus dem Bürgerium abgespalten hat.

Daß du die Nase im Gesicht behältst, könnte man beim Lesen solch hahnbüchernen Unsinns mit Fritz Reuter ausrufen. Selig sind, die gelüft arm sind, denn sie werden das Himmelreich erlangen.

Wenn wir uns also darüber klar sind, daß im neuen Reichsparlament vor allem um die Probleme des Sozialismus gerungen werden wird, so wollen wir auch die außerparlamentarischen Machtfaktoren nicht außer Betracht lassen.

Das Wahlergebnis stellt uns, stellt insbesondere das Unternehmertum vor neue, gewaltige Aufgaben! Feiter Zusammenbruch auf nationaler Grundlage - das sind die ersten und ersten Zeichen, die wir beherzigen müssen!

Das Wahlergebnis stellt uns, stellt insbesondere das Unternehmertum vor neue, gewaltige Aufgaben! Feiter Zusammenbruch auf nationaler Grundlage - das sind die ersten und ersten Zeichen, die wir beherzigen müssen!

Die Technische Nothilfe und die „Christen“

Eine jener üblichen „Ertrungenschaften“ des Systems Noske war die Organisierung der technischen Nothilfe. Es wird noch sehr große Mühe kosten, diese Wölfe der Ara Heine-Noske reiflos zu beiseitigen.

Unterlandsbezirk Duisburg für technische Nothilfe, Duisburg, 12. April 1920. Auf Ihre werke Zeitschrift vom 4. d. M. erwidere ich hiermit, daß der Vorstand unseres Verbandes wie auch der Gesamtvorstand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands grundsätzlich der Einrichtung der technischen Nothilfe durchaus zustimmt.

Herr Burgard erklärt uns, daß er sich in diesem Sinne Ihnen gegenüber geäußert habe. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß der vorhin dargelegte Standpunkt einzelner Funktionäre angesichts der Vorlesungen in den letzten Wochen manches für sich hat, im übrigen sind wir uns aber dessen bewußt, daß über das Wesen der technischen Nothilfe und ihre Wirksamkeit noch in manchen Kreisen Unklarheit besteht, die zu beseitigen wir gern bereit sind, uns anlegen sein zu lassen.

Schmich ist Vorstandsmittglied und Burgard Bezirksleiter des Zentrumsmetallarbeiterverbandes. Hiermit wird aller Welt kund und zu wissen getan, daß der christliche Metallarbeiterverband es sich angelegen lassen sein will, die Unklarheiten über die Wirkungen der technischen Nothilfe zu beseitigen.

Techn. Nothilfe, Ortsgruppe Duisburg, Duisburg, 27. April 1920. An die U.-G. für Hüttenbetrieb, Duisburg-Heilbrunn.

In der Anlage beehre ich mich, Ihnen vertraulich ein Schreiben der christlichen Gewerkschaften beizufügen, woraus Sie ersehen, daß auch in Gewerkschaftskreisen ein Entgegenkommen gegenüber der technischen Nothilfe allmählich eintritt.

Sch bin inzwischen bemüht, auch einen entsprechenden Anschluß an Girsch-Dunder und freie Gewerkschaften zu gewinnen.

Inzwischen wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns aus Ihren eigenen Werken und bei gelegentlichen Zusammenkünften mit den Vertretern der Industrie tatkräftige Unterstützung leisten würden.

Für einen Bezirk wie Duisburg und Nachbarorte kann nur eine technische Nothilfe vorbeugend bzw. helfend wirken.

Es hieße die Wirkung dieses Schreibens abschwächen, wollten wir noch etwas darüber schreiben. Ob die Girsch-Dunder'schen Denkschriften folgen und ebenfalls eine solche Erklärung abgeben wird, sind gewarnt, wann an uns mit einer solchen Anfrage betreten

werben wird. Bemerkenswert ist an dem Schreiben des christlichen Metallarbeiterverbandes noch der Hinweis auf die bewaffnete Macht, die die technische Nothilfe fördern und unterstützen soll.

Die Arbeitgeber sabotieren den Betriebsrat

Die Arbeitgebervereinigung von Düsseldorf und Umgegend hat an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben ergehen lassen:

Die Direktion einer Firma in Geselembunde hatte verlangt, daß unter allen Umständen in denjenigen Sitzungen des Betriebsrats, an denen sie teilzunehmen berechtigt war, den Vorsitz zu übernehmen, und diesen Anspruch zur Verbindung für ihre Teilnahme gemacht.

Auf das Schreiben vom 29. 4. 20. Duisburg, 30/34.

Die Übertragung des Vorsitzes an den Arbeitgeber erfordert nach § 29 Betr.-Ges. das beiderseitige Einverständnis. Mangels eines solchen liegt der Vorsitz in der Hand des Vorsitzenden der Betriebsvertretung.

Unterstützt besteht ein Zwang für den Arbeitgeber, zu den Sitzungen zu erscheinen, nicht, wenngleich es im Interesse der Zusammenarbeit von Betriebsrat und Arbeitgeber dringend erwünscht ist, daß dieser zu den Sitzungen, an denen er teilnahmeberechtigt ist, auch erscheint oder sich vertreten läßt.

Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß ein derartiges Rundschreiben von Seiten der Arbeitgebervereinigung an seine Mitglieder versandt wurde. Uns ist bekannt, daß gleich nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes Rundschreiben von Seiten der Arbeitgebervereinigung an seine Mitglieder, die die Sabotierung der Betriebsräte bezwecken, versandt worden sind.

Es muß also auf das Wort „kann“ ganz besonders hingewiesen werden, weil der Betriebsrat demnach nicht verpflichtet ist, dem Arbeitgeber den Vorsitz zu übertragen. Es ist also der gute Wille des jeweiligen Betriebsrats.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 11. Juli ist der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Juli 1920 fällig.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Kollegen abreisen oder sich auf Wanderschaft begeben, ohne sich abgemeldet zu haben. Unterstützung in einem anderen Ort kann nur zur Auszahlung kommen, wenn die Abmeldung am vorherigen Arbeitsort ordnungsgemäß erfolgt ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Ort, Für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich, Beginn der Beitragsrückzahlung. Rows include Frankenberg i. S., Röhrg, Königsee, Schmöln, Traunstein.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Schlosser Alfred Fische, geb. am 29. September 1879 zu Dresden, Mitgliedsbuch Nr. 2505295, wegen unzulässigen Verhaltens.

der Elektromonteur Paul Kochale, geb. am 2. März 1884 zu Charlottenburg, Mitgliedsbuch Nr. 23886, wegen Streikbruch;

Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Werkzeugmacher Adolf Abel, geb. am 7. September 1884 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 540277, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3427706, lautend auf den Dreher Franz Baingo, geb. am 2. Februar 1884 zu Laurahütte, eingetreten am 25. November 1918. (Laurahütte.)

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzubalten:

- von Drahtziehern nach Wesel (Strieg & Zieger) D.; von Elektromonteur nach München und Südbayern; nach allen Orten Württembergs; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Fulda (Fa. Klausner, Hof- und Damgoldschmied) S.; nach Hanau (Chr. Peter, Juwelenfabrik) M.; nach Stuttgart (W. Freuner, Ringfabrik) S.; von Graveuren und Zigaretten nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R.-M. nicht unterstehen) D.; von Metallarbeitern nach Bremen S.; nach Buttfeld i. Th. (Bipal-Werke) S.; nach Danzig D.; nach Göttingen (Fa. Lang & Baldauf) S.; nach Hanau (A. Wilhelm, Maschinenfabrik) M.; nach Sferlohn D.; nach Stuttgart (Contessa-Werkzeuge) M.

A = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M = Maßregelung; Ri = Rißfäden. Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Außenmonteure.

Berlin. Die Erfassung der Außenmonteure durch die Organisation ist sehr schwierig, da die Monteure durch ihr stetes Fernbleiben von ihrem Betrieb und ihren in Betrieb beschäftigten Kollegen selten oder nie in Berührung kommen. Daher ist es nicht möglich, den Monteuren die Notwendigkeit der Organisation zu erklären, ja, es ist sogar nicht möglich, denselben mitzuteilen, wenn eine Lohnhöhung oder Steigerung der Auszahlung durch die Organisation beim Arbeitgeber erreicht worden ist, da es bei weitem für die Monteure bis jetzt verstanden haben, einem ihrer Vorgesetzten über Arbeiterläufe ihre Montagestelle, auf der sie sich zurzeit befinden, anzugeben. Seit einiger Zeit ist in der Verwaltungstelle Berlin eine Verhandlungskommission der Außenmonteure, die alle Monteurefragen behandelt und auch ein erhebliches Stück Arbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Arbeiterorganisation sowie Erhöhung der Löhne und Auszahlungsfähigkeit geleistet hat. Ränder Monteure wird sich über die Erhöhung seines Lohnes oder Auszahlungsfähigkeit gewandert haben, da er doch bei seinem Arbeitgeber dieselbe nicht beantragt hat. Sie wissen nicht, da sie der Organisation fernstehen, daß es ihre organisierten Kollegen sind, die durch die Zahlungsmehrung mit ihrem Betrieb und ihrer Organisation die Erhöhungen heranzuziehen. Daher ersuche ich alle unorganisierten Außenmonteure, sich zu organisieren und mit ihren Kollegen in Verbindung zu treten. Dies ist durch die gesellschaftliche Arbeitervereinigung sehr einfach. Der Monteur braucht nur an den Betriebsleiter, der ja in jedem Betrieb vorzutragen ist, zu schreiben und ihm seine Wünsche und Beschwerden vorzutragen. So ist für eine Karte wird doch wohl jeder übrig haben. Da ich annehmen muß, daß die unorganisierten Kollegen, an die hauptsächlich diese Zeilen gerichtet sind, dieselben nicht zu lesen bekommen, ersuche ich diese Kollegen, der im Besitze derselben ist und mit einem Monteur Verbindung hat, diese denselben zu überreichen. Die Verhandlungskommission der Groß-Berliner Außenmonteure. Rich. Waplowitz.

Metallarbeiter.

Schlichter. Ein sonderbares Urteil fällt der Schlichtungsamt. Der Lohnvertrag vom 22. April 1920 ist von dem 7. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unterzeichnet und deshalb auch für die in demselben tätigen, im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 7. Bezirk, organisierten Metallarbeiter bindend. In der Einleitung zu dem Tarifvertrag am Schluß findet sich die Bestimmung, daß mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Arbeitgeber eine Tarifgemeinschaft besteht, die sich nicht nur auf das Verhältnis dieses Verbandes zu dem Arbeitgeber bezieht, sondern auch auf diejenigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Arbeitgeber und anderen vertragsgleichenden Gewerkschaften erstreckt. Aus dieser Bestimmung und aus den übrigen Vorschriften des Lohnvertrages ergibt sich, daß die Bestimmungen des Lohnvertrages verpflichtend sind, die zwischen Lohnen im Bezirk Deutsch in ähnlichen Verhandlungen zu regeln. In diesen Verhandlungen sind Arbeitgeber und zwei Verbände der Arbeiterschaft zusammengetreten, nachdem am 1. März 1920 die Genehmigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen worden war, die Gewerkschaft Tarifgemeinschaft zu gründen; an der Sitzung am 15. April 1920 nahmen jedoch die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter nicht teil. Mit der vorstehenden Bestimmung, daß die Tarifgemeinschaft sich auf das Verhältnis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Arbeitgeber und anderen vertragsgleichenden Gewerkschaften erstreckt, folgt der Schlichtungsamt, daß die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter Metallarbeiter die in der Sitzung vom 15. April 1920 vereinbarten Bestimmungen für und gegen sich geltend machen sollen. Das die Verantwortlichkeit des Schlichtungsamtes in dieser Sache betrifft, so ist der Schlichtungsamt auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine Streitigkeit, die aus der Durchführung des Lohnvertrages entstanden ist, handelt (Artikel VIII des Lohnvertrages). Der Parteien wurde für die Einleitung der Verhandlung über die Erhöhung der Lohnverträge am 1. März 1920 ein Termin festgesetzt. Ein Lohnvertragsvertrag wurde am 1. März 1920 abgeschlossen. Wenn sich also der Schlichtungsamt auf dem Standpunkt befindet, daß die Tarifgemeinschaft sich auf das Verhältnis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Arbeitgeber und anderen vertragsgleichenden Gewerkschaften erstreckt, so kann unter keinen Umständen noch weiterer Verhandlung bedürftig werden, daß deshalb der Deutsche Metallarbeiter-Verband

unter allen Umständen gezwungen werden kann, einen Lohnvertrag abzuschließen. Ebenso nicht auf Grund des Abschlusses des Lohnvertrages, der darauf hinweist, daß zur Behandlung der örtlichen Angelegenheiten örtliche Tarifgemeinschaften bestehen, die sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und der drei Metallarbeiterverbände zusammensetzen. Wir wollen nur folgendes Beispiel anführen: Geht der Fall, der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde auf Grund des Lohnvertrages sich an den einzelnen Verhandlungen beteiligen und er würde Stundenlohnfrage von seiten der Arbeitgeber in einer Höhe fordern, die von seiten der Arbeitgeber abgelehnt würden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde auf seinem Standpunkt aber bestehen und würde mit den von seiten der Arbeitgeber aufgestellten Lohnfragen nicht einverstanden sein. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde also die Angelegenheiten der Arbeitgeber ablehnen. Will man dann den Deutschen Metallarbeiter-Verband zwingen, auf Grund des Angebotes der Arbeitgeber einen Lohnvertrag abzuschließen? Wir sehen also, daß der Schlichtungsamt sich in dieser Sache nicht in eine Sachfrage verkennt hat. Selbstverständlich ist dieser Schlichtungsamt von seiten des Betriebsrats der Firma Capito & Klein abgelehnt und muß nun abgemartet werden, bis sich die Angelegenheit weiterentwickelt.

Wahrg. Der Ausbruch des Streiks der Arbeiter in der Metallindustrie in unserem Wirtschaftsgebiete gleicht einem Dammbreach, der seitens der Unternehmer rechtzeitig hätte vermindert werden können. Die Betriebe der Metallindustrie arbeiteten mit einer sehr anpassungsfähigen Arbeiterkraft ruhig und gesichert. Organisatorisch tatkräftige Vertreter der Unternehmer haben seit Ende 1918 einer aufstrebenden und Widerstand gestimmten Koalition Gestalt gegeben. Im ruhigen und gleichmäßig dahinfließenden Ströme der Arbeit hat die vielfach in rauherer und unruhiger Auswirkung schaffende Unternehmertätigkeit starken Wellenschlag entfacht. Schon seit Wochen hat die Koalition der Unternehmer ins Strome der Arbeit Stoll und Verbitterung geschossen. Die Ungunst der gesamten Lebensverhältnisse hat den Zustand fürchterlicher Verbitterung nur noch erhöht. Nichts haben die Herren Unternehmer getan, um der großem anschnellenden Flut, aus deren Unterton es nach Vergeltung schreit, rechtzeitig zu begegnen. Der Streik hat nun einen impulsiven Charakter angenommen. Wie liegen rein sachlich die Dinge? Seit September 1919 besteht für die Metallindustrie ein Lohnvertrag, der für männliche Arbeiter in vier Klassen zerteilt, für die Altersgruppe über 24 Jahre Stundenlöhne enthält von 1,65 bis 2,30 M. Nach und nach sind dazu Leuerungszulagen gekommen, die zusammen 2,20 M. betragen. Mithin höchst erreichbarer Lohn für allezeit qualifizierte Arbeiter (nur Handwerker in verantwortungsvoller Tätigkeit) von 4,50 M. pro Stunde. Die Altersgruppe von 20 bis 24 Jahre hat Stundenlöhne von 1,50 bis 2,10 M. Der Leuerungszuschlag beträgt hier nur 1,70 M., mithin höchst erreichbarer Lohn von 3,80 M. pro Stunde. Die Altersgruppe von 17 bis 20 Jahren hat Stundenlöhne von 1,05 bis 1,60 M., die Leuerungszulage beträgt hier nur 70 S., mithin höchst erreichbarer Lohn von 2,30 M. pro Stunde. Bei Akkordarbeit wird allerdings auch höher verdient. Es würde ja sonst ein Anreiz für Akkordarbeit nicht vorhanden sein. Gemein ist aber die Akkordarbeit bei Akkordarbeit nur möglich, auch ist die Akkordarbeit nicht allgemein, da sich vielfach in weiten Produktionsgebieten der Industrie nicht in Akkord arbeiten läßt. Die Komplexität der Arbeit, die in seiner Gesamtanwendung noch größer ist, kann im Rahmen dieser Zeilen gar nicht genügend dargestellt werden. Sie entpricht allerdings der Vielgestaltigkeit, die in der weichtunspannten Struktur der Metallindustrie gelegen ist. Gelegentlich oder vereinzelt Parabelöhne, die gern vorgeführt werden, ändern am Gesamtbild nichts. Bei den gegenwärtigen Preisen von allem zum Leben notwendigen konnte man erwarten, daß in der Metallindustrie gezahlte Löhne als für zum Sterben zu viel und für zum Leben zu wenig zu bezeichnen. Die Metallarbeiter haben deshalb auch schon in den Tagen des April Lohnforderungen eingereicht. Norm Schlichtungsausschuß wurde verhandelt und fällt derselbe am 11. Mai einen Schlichtungsamt, dessen Geltung und materieller Inhalt der meistar gewordenen Kompromissfindung bereits weitgehend Rechnung trug. Gemäß der Altersgruppen, wie oben gezeigt, wurden über vier Lohnklassen verteilt 55 bis 75 S., 65 bis 85 S. und 75 bis 95 S. als Zulage pro Stunde vom Schlichtungsausschuß formuliert. Frauen und Mädchen sollten gleichmäßig 10 S. pro Stunde an Zulage erhalten. Für Lehrlinge waren im 1. Jahr 25, im 2. Jahr 50 und im 3. Jahr der Lehrling 80 S. Vergütung festgesetzt. Diese Zulagen sollten laut Schlichtungsamt rückwirkend ab 1. Mai Geltung erlangen. Die Arbeiterschaft nahm in einer ansehnlich vorgenommener Abstimmung den Schlichtungsamt an. Die Unternehmer lehnten jede Lohnhöhung ab und verhielten sich zugehörig bis zum äußersten. Daraufhin wurde die Angelegenheit dem Demobilisierungskommissar für Hessen bereits am 20. Mai unterbreitet und um Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsamtes gebeten. Auch inzwischen erfolgter persönlicher Aussprache fand endlich am 11. Juni beim Demobilisierungskommissar in Darmstadt eine Sitzung mit Arbeitern und Unternehmern statt. Es kam dabei zu keiner Einigung. Stramm lehnten die Unternehmer alles ab. Einzelne Herren ergingen sich dabei in Ausfällen gegen die Arbeiter, worüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In einer Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsamtes konnte sich die Demobilisierungskommission bis zum heutigen Tage nicht aufschwingen. Eine Resolution, die wir aus Kenntnis der Lage nicht verstehen können und womit man letzten Endes auch für die Unternehmer gar kein Wort erhebt. Da alles Hoffen und Warten vergebens blieb, haben dann die Arbeiter der Einzelbetriebe ihre Wünsche ihren Chefs einzeln unterbreiten lassen. Eine ganze Anzahl bedeutender Betriebe, viele Mittel- und Kleinbetriebe hätten gern auf letzterem Wege eine Lösung angenommen. Es ist erwiesen, daß diese Betriebe, ohne es als Güte zu empfinden, die Höhe des Schlichtungsamtes leicht gezahlt hätten. Betriebe, die vielfach infolge der Konjunkturlage stehen, wären ohne Zweifel unbeschädigt geblieben. Für das rechte Maß entsprechenden Verhandlungen besteuern die Arbeiter Tapf und Laffigkeit genug. Aber die Reaktion der Unternehmer bildete eine solche Lösung nicht. Nachdem bereits der Damm gebrochen, nachdem die Arbeiter empört bis zum äußersten gegen Betrieb um Betrieb verlassen hatten, verhandelten die Unternehmer unter dem Vorbehalt des Herrn Reichsordnen Siemens und fanden sich bereit, ganze 40 S. ohne jede Rückzahlung zahlen zu wollen. Dieses magere Zugeständnis fand bei den Arbeitern keinen befriedigenden Widerhall. Daß unsere Ratgeber alle ein ganz Entschiedenem Plöcher geworden ist, braucht hier nicht mit Beweisen belegt zu werden. Denn je ein Streik berechtigt, so ist der Streik der Metallarbeiter. Die Unternehmer haben unverantwortliche Proben ihrer völligen Unfähigkeit abgelegt.

Wahrg. Anfang dieses Monats berichteten wir von der Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 4. Juni, in der die Firma Hagenbeck verurteilt wurde, auch den zur Entlassung kommenden Arbeitern den Urlaub zu gewähren. Die Firma hat den Schlichtungsamt anerkannt, verzichtete aber mit allen Konsequenzen unvorsichtig zu machen. Schlichter erklärt: Der den Urlaub bis zur Abreise nicht zurück, bekommt überhaupt keinen Urlaub. Ferner verzichtete sie durch Verlegung eines Streiks, wodurch der Arbeiter verpflichtet wird, unter Umständen abzugeben, auf den Urlaub zu verzichten, den Arbeitern den Urlaub abzugeben. Die Entlassungen gehen nach einer von der Firma angebotenen Liste vor sich. Diese Liste wurde dem Arbeiterrat mitgeteilt und es wurde ihm erklärt, daß derjenige, der ausbreitend Arbeit erhalten konnte, sofort seine Papiere bekommt. Wenn sich aber nun ein Arbeiter um andere Arbeit bemüht und seine Papiere verlangt, so muß er dem Streik unterbreiten oder er muß die Kündigungsgeld bezahlen. Auch über die längige Kündigungszeit besteht eine eigenartige Auffassung seitens der Firma. Sie verlangt nämlich von dem Arbeiter, der den Urlaub hat, daß er volle 12 Tage arbeitet, was bei einer Arbeitszeit von 4 Tagen pro Woche, wie sie jetzt bei der Firma besteht, einer dreiwöchentlichen Kündigungszeit gleichkommt. Also trotzdem man einen Teil Arbeiter los sein will, drangsalieren und kündigt man diejenigen, die anderwärts Arbeit erhalten können. Man verlangt bei der Entlassung auch nicht die Verzinsungen, denn es arbeiten heute noch Leute in dem Betriebe, die nicht auf den Streik angewiesen sind, wiewegen man Arbeiter entläßt, die von der Hand zu den

Mund leben müssen. Ja, man scheut sich sogar nicht, Arbeiterratsmitgliedern und Kriegsbeschädigten zu kündigen. Auch hat man eine eigenartige Auffassung von der Streidung der Arbeit: Als die erste Verletzung stattfand und man die Arbeitszeit auf 45 Stunden pro Woche reduzierte, verlangte man, daß diese 45 Stunden in fünf Tagen geleistet würden. Nach kurzer Zeit eröffnete man dem Arbeiterratsrat, daß man die wöchentliche Arbeitszeit auf vier Tage reduzierte, man stellte es den Arbeitern aber frei, in diesen vier Tagen 36 oder 40 Stunden zu arbeiten, also pro Tag neun oder zehn Stunden. Die Arbeiterschaft lehnte die zehnstündige Arbeitszeit ab und somit wird denn nun 36 Stunden pro Woche gearbeitet. Was die Firma dann in der hat, dürfte ein Blinder mit dem Stock fühlen. Die Arbeiterschaft von Warendorf hat sich doch die Frage vorzulegen, ob es nicht besser wäre, von ihrem christlichen Kirchenvorstandsmitglied Hagodon abzurufen, der in echt christlicher Nächstenliebe so mit ihnen Schindluder treibt. Aber ferner haben sie sich auch die Frage vorzulegen, ob es nicht besser sein wird, sich ziemlich vollständig um andere Arbeit zu bemühen und der Firma mit ihren paar Getreuen den Betrieb zu überlassen.

Vom Ausland

Großbritannien.

Lohnerhöhungen der Metallarbeiter in Großbritannien-Irland. Das britische Arbeitsministerium veröffentlichte kürzlich eine Zusammenfassung der von Kriegsbeginn bis Ende Februar 1920 in den wichtigsten Wirtschaftszweigen vorgekommenen Lohnerhöhungen. Für die Maschinenbau- und Schiffbauindustrie wird die folgende Übersicht gegeben, welche die Durchschnittslöhne gewisser Berufe in 16 Mittelpunkten des Maschinenbaues und 13 Zentren des Schiffbaues verzeichnet. Es handelt sich um Löhne für eine volle Arbeitswoche, welche 1914 53 Stunden und 1920 47 Stunden umfaßt:

Industrie und Beruf	Durchschnittslohn		Erhöhung die Woche	
	Anfang August 1914	Ende Febr. 1920	a. d. v. S.	v. S.
Maschinenbau				
Maschinenschlosser u. Dreher	88 11	92 5	48 6	119
Eisenformer	41 8	85 6	43 10	105
Modellmacher	42 1	86 8	44 7	106
Hilfsarbeiter	22 10	63 11	41 1	180
Schiffbau				
Plattierer	40 4	83 4	43 0	107
Rieter	37 9	80 5	42 8	118
Schiffzimmerer	41 4	84 6	43 2	105
Hilfsarbeiter	22 10	66 7	40 9	178

Im allgemeinen betrug die Lohnerhöhung 33% Schilling und einen Zuschlag von 12% v. S. auf den Wochenverdienst im Fall von Zeitlohnarbeitern; Stückerarbeiter erhielten eine feste Leuerungszulage von 26% Schilling, eine Erhöhung der Stücklohnsumme um 10 v. S. und eine Sonderzulage von 7% v. S. Im April 1920 wurde eine neuerliche Erhöhung der Zeitlöhne um 6 Schilling in der Woche und der Stücklöhne um 15 v. S. verordnet. Bis Ende Februar ergab sich für gelernte Maschinen- und Schiffbauer eine Lohnsteigerung um rund 110 v. S. und für ungelernete Arbeiter um etwa 180 v. S.

Dieselben Lohnerhöhungen wie im Maschinen- und Schiffbau erhielten auch viele Arbeiter in anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie, wie zum Beispiel im Eisenbahnwagenbau, im Klemmer- und Installateurgewerbe, in der Erzeugung von Metallröhren, des Schrauben- und Metallschraube usw.

Die Arbeiter in der schweren Eisen- und Stahlindustrie (Güßten, Kugel- und Walzwerke, Hammerwerke usw.) erhielten Lohn-erhöhungen, die sich auf 100 bis mehr wie 200 v. S. der Vorkriegs- löhne belaufen. In der Weichblechindustrie von Südwesten bewegten sich die Lohnerhöhungen zwischen 80 v. S. bei Wochenlöhnen von 20 bis 30 Schilling bis herab zu 115 v. S. bei Wochenverdiensten von mehr als 130 Schilling.

In der Kettenerzeugung, in welcher die Löhne durch eine Behörde (Trade Board) bestimmt werden, wurden die Arbeiterlöhne von 2 1/2 Pence auf 7 1/2 Pence erhöht und auf 10 Pence für die Fälle, wo die Arbeiterinnen selbst Werkzeuge und eigenes Feuerungsmaterial beizustellen haben. In der Röhrenindustrie wurde der Mindestlohn der Arbeiterinnen von 3 Pence in der Stunde auf 30 Schilling 9 Pence für die 47-Stundenwoche erhöht.

Die Preissteigerungen der wichtigsten Verbrauchsgüter (Kleingüter) (ebenfalls nach der Berechnung des Arbeitsministeriums in London) vom Juli 1914 bis März 1920 um durchschnittlich 192 v. S., bei den Nahrungsmitteln allein machte die Steigerung 125 v. S. aus. Die Preissteigerung betrug für frisches Rindfleisch je nach Sorte 110 bis 128 v. S., gekühltes Rindfleisch 102 bis 116 v. S., frisches Hammelfleisch 104 bis 108 v. S., Frischschafspeck 193 v. S., Mehl 52 v. S., Brot 63 v. S., Zucker 290 v. S., Milch 197 v. S., frische Butter 149 v. S., Kartoffel 162 v. S. usw. Die durchschnittliche Preissteigerung pro Pfund stellte sich am 1. April 1920 wie folgt: Frisches Rindfleisch 1 s 3 d bis 1 s 8 d, frisches Hammelfleisch 1 s 1 1/2 d bis 1 s 9 d, Speck 2 s 4 d, Weizenmehl (7 Pfund) 1 s 4 d, Weizenbrot (4 Pfund) 9 1/2 d, Zucker 10 d, frische Butter 3 s, Kartoffel (7 Pfund) 1 s 1 1/2 d. (Anfangs April 1920 entsprach 1 s etwa 10 M., 1 d etwa 83 S.).

Zu bemerken ist, daß auf die Dauer von 3 Jahren nach Friedensschluß die Einwanderung von Angehörigen der ehemals feindlichen Staaten verboten ist. Ausnahmen kann das Ministerium des Innern in London bewilligen. Das Einwanderungsverbot erstreckt sich nicht auf solche Angehörige ehemals feindlicher Staaten, die infolge der Friedensschlüsse Bürger von alliierten Staaten geworden sind. S.

Verbands-Anzeigen

Befamtmachung.

Berlin. Die Adresse des 1. Bevollmächtigten S. Wundschuh ist Friedrichsholzerallee 11. Alle Verbindungen sind herzlich zu richten.

Angestellte gesucht.

Friedrichshagen. Als Geschäftsführer werden die Kollegen Jakob Braun & Friedrichshagen u. Emil Feindel (Eßlingen) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

krant, tüchtiger Redner u. Gewerkschafter. Gehalt: Bezirkleiterstala mit örtlicher Leuerungszulage. Verbindung: mindestens jährliche Verbandsgeldbeiträge. Dienstjahre werden voll angerechnet. Gehalt unter Angabe von Alter, Beruf, Familienstand und bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit Anschluß, Bewerbung bis zum 20. Juli an Walter Schulze, Jägerstr. 28, 1.

Regensburg. Als weiterer Geschäftsführer wurde Kollege Ludwig Zehn (Regensburg) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

(Zustellen betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern an die interessierte Firma selbst, bei Geschäftserhalten best nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Balancierere

für Milchzentrifugentrommel zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gesucht. „Gema“, Seidenau, Bezirk Dresden.

Zeilenhelfer, Maschinenfeilenhauer sowie Härter & stellen sofort ein. S. Wundschuh & Comp., Düsseldorf 96, Gneisenaustr. 17.

Werkzeugschlosser. Wir suchen für unsere hydraulische Spezial-Schlosser für Matrizenbau. Bei sycronisierenden Leistungen wird dem Betreffenden Anstellung als Vorarbeiter mit Monatsgehalt zugeteilt. Geeignete Bewerber, welche langjährige Erfahrung im Matrizenbau haben, werden erachtet, ihre Bewerbung mit Kurzelebenslauf, Zeugnis- und Lohnanprüfungen einzureichen. Wolf & Comp., Bielefeld.